

Dr. Michael Meister

- (A) von Ihrer Seite keine Hinweise, wie man es besser machen kann. Allerdings sollten wir gelegentlich die eigenen Fehler benennen und korrigieren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Eduard Oswald:

Vielen Dank, Kollege Dr. Michael Meister. – Nächste Rednerin für die Fraktion der Sozialdemokraten ist unsere Kollegin Frau Bettina Hagedorn. Bitte schön, Frau Kollegin Hagedorn.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Bettina Hagedorn (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Herr Minister Schäuble, als wir hier vor zwei Monaten die erste Lesung des Bundeshaushaltes hatten, haben Sie in Ihrem Redebeitrag gesagt, der Haushalt sei der Beleg dafür, dass Deutschland krisenresistent sei.

Wenn wir uns nun einmal anschauen, was in den letzten zwei Monaten im Haushaltsausschuss passiert ist und was Schwarz-Gelb aus diesem Haushalt gemacht hat, so kann man nur sagen: Die Regierungskoalition hat in den letzten zwei Monaten alles nur noch schlimmer gemacht. In diesem Haushalt wird nach wie vor – das haben wir Ihnen schon vor zwei Monaten vorgeworfen – keine Vorsorge für die sich eintrübende Konjunktur getroffen. Dieser Haushalt weist eine soziale Schieflage auf und zeugt von Klientelpolitik.

- (B) (Beifall bei der SPD sowie des Abg. Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Man muss eines feststellen: Sie bleiben sich auf eine erschreckende Weise treu. Vor ungefähr drei Jahren haben wir über Ihr sogenanntes Wachstumsbeschleunigungsgesetz diskutiert. Dieses Gesetz hat weder das Wachstum gefördert noch beschleunigt. Es war eigentlich ein Hotelierbegünstigungsgesetz – Stichwort „Mövenpick-Steuer“.

(Petra Hinz [Essen] [SPD]: Das war ein Schuldenbeschleunigungsgesetz!)

Damals haben Sie den Grundstein für eine Klientelpolitik und für eine soziale Schieflage in diesem Land gelegt, die Sie in den letzten drei Jahren durchgezogen haben und die mit diesem Haushalt einen traurigen Höhepunkt erfahren hat.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie haben eigentlich Etikettenschwindel betrieben. Ich habe gerade ein Beispiel dafür genannt.

Ein halbes Jahr später, im Sommer 2010, erblickte Ihr sogenanntes Sparpaket das Licht der Welt. Frau Merkel hat damals verkündet, dies sei ein einmaliger Kraftakt. Der damalige Vizekanzler Westerwelle hat sekundiert, dies werde ein ausgewogenes, ein faires und ein gerechtes Sparpaket sein. Aha, ausgewogen, fair und gerecht.

Damals haben Sie vorgegeben, dass die Arbeits- und Sozialministerin 40 Prozent abliefern sollte. Das hat sie

auch treu und brav getan. Sie hat sogar noch kräftig eine Schippe obendrauf gelegt, indem sie den Haushalt der Bundesagentur für Arbeit wie eine Zitrone ausgequetscht hat. Die Mittel für die Langzeitarbeitslosen sollen im Haushaltsjahr 2013 um 6,5 Milliarden Euro gekürzt werden. Die Konjunktur hat gar nichts damit zu tun. Da schlagen Sie einfach zu.

(Norbert Barthle [CDU/CSU]: Wir haben keine 5 Millionen Arbeitslosen mehr, sondern nur noch 2,9 Millionen!)

Eigentlich hatten Sie doch vor, Subventionen abzubauen und für eine gerechtere Belastung von Wirtschaft und Unternehmen zu sorgen. Vor allen Dingen wollten Sie Bürokratie abbauen und im eigenen Haushalt sparen. Was ist eigentlich daraus geworden? Ich kann Ihnen sagen, was daraus geworden ist: Nichts, gar nichts.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich möchte jetzt nur einmal kurz die für die Bundesagentur für Arbeit relevanten Zahlen vorlesen, damit die Öffentlichkeit eine Vorstellung davon bekommt, was Sie hier eigentlich machen: Durch das ominöse Sparpaket und den Wegfall eines halben Mehrwertsteuersatzes in der Steuerfinanzierung haben Sie bei der Bundesagentur für Arbeit bis 2012 8 Milliarden Euro gekürzt. Was steht für die Bundesagentur für Arbeit wegen der Fortsetzung dieser Maßnahmen im Finanzplan? Minus 18 Milliarden Euro für den Zeitraum von 2013 bis 2016!

- (D)

Damit sind Sie aber noch nicht fertig. Wir haben jetzt auch noch ein Haushaltsbegleitgesetz vor der Brust. Sie sind sich nicht zu schade, der Bundesagentur für Arbeit mit diesem Haushaltsbegleitgesetz einen weiteren halben Mehrwertsteuersatz in der Steuerfinanzierung wegzunehmen und für eine Verrechnung des Eingliederungsbeitrages zu sorgen, was wiederum zulasten der Bundesagentur für Arbeit erfolgt. Von welchem Umfang sprechen wir? Minus 5,2 Milliarden Euro bis 2015!

Was bedeutet das im Ergebnis? Das bedeutet natürlich, dass die angebliche Rücklage von 9,5 Milliarden Euro, die die BA bis 2016 aufbauen sollte, wie die Butter in der Sonne schmilzt.

(Otto Fricke [FDP]: Wenn, dann Margarine!)

Das heißt, Sie betreiben keine Vorsorge.

Am Himmel zeigen sich leider trübe Konjunkturwolken. Bei der Aufstellung Ihres Haushaltsentwurfs haben Sie noch mit einem Wirtschaftswachstum von 1,6 Prozent kalkuliert. Wo stehen wir jetzt? Höchstens noch bei 1 Prozent! Wozu führt das? Das führt nicht nur zu Steuermindereinnahmen und dazu, dass die Sozialsysteme nicht mehr so viel einnehmen werden wie bisher – die Einnahmen sprudelten nämlich –, sondern es führt auch dazu, dass die Zahl der Arbeitslosen steigen wird. In Ihrer eigenen Prognose sprechen Sie von einem Anstieg um 150 000 auf 2,92 Millionen Arbeitslose. Aber im Haushalt treffen Sie dafür keine Vorsorge.

Bettina Hagedorn

- (A) Auch viele Arbeitgeber fordern längst, dass wir die Bundesagentur für Arbeit angesichts dieser Situation wieder in die Lage versetzen müssen – Stichwort „Kurzarbeitergeld“ –, Krisenintervention betreiben zu können. Das Gegenteil von dem haben Sie gemacht. Sie haben sogar noch eine Schippe draufgelegt; denn auf dem Koalitions Gipfel vier Tage vor unserer Bereinigungssitzung wollten Sie noch ein paar Steuergeschenke verteilen,

(Rainer Brüderle [FDP]: Da waren Sie doch gar nicht dabei!)

indem Sie bei dem angeblich einmaligen Griff in den Gesundheitsfonds, der vorgesehen war, nicht nur 2 Milliarden, sondern 4,5 Milliarden Euro herausgenommen haben. Zusätzlich haben Sie auch kräftig in die Rentenkasse gegriffen. Das heißt, Sie plündern die sozialen Sicherungssysteme zulasten der Beitragszahler und zulasten künftiger Generationen.

(Heinz-Peter Hausteil [FDP]: Blödsinn!)

Damit rechnen Sie Ihren Haushalt schön.

Diese Politik ist unverantwortlich. Sie ist gegen die Menschen gerichtet und nicht zukunftsfähig.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Eduard Oswald:

- (B) Vielen Dank, Frau Kollegin Hagedorn. – Nächster Redner in unserer Aussprache ist unser Kollege Bartholomäus Kalb für die Fraktion der CDU/CSU. Bitte schön, Kollege Bartholomäus Kalb.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Bartholomäus Kalb (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Haushalt, den wir in dieser Woche beraten und am Freitag beschließen werden, ist Ausdruck einer erfolgreichen Haushaltskonsolidierung und einer finanzpolitischen Linie von Stabilität und Verlässlichkeit, die wir vertreten.

(Lothar Binding [Heidelberg] [SPD]: Bei „Lini“ hast du ein bisschen gezögert!)

Dieser Haushalt kann sich wahrlich sehen lassen. Ich darf noch einmal daran erinnern, dass wir die Nettokreditaufnahme auf 17,1 Milliarden Euro reduzieren und die verfassungsmäßigen Vorgaben, die ab 2016 einzuhalten sind, bereits 2013 mehr als einhalten können. Das heißt, die Vorgaben der Schuldenbremse werden bereits jetzt übererfüllt. Damit geben wir auch ein gutes Beispiel in Europa. Wenn wir andere Länder verpflichten, den Fiskalpakt einzuführen und einzuhalten, dann ist es gut, wenn wir mit gutem Beispiel vorangehen.

Wir werden auch das Gesetz zur innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalpaktes beschließen. Auch hier dürfen und können wir feststellen, dass wir einen mehr als fai-

ren Umgang mit den Bundesländern an den Tag legen. (C) Gleichzeitig haben wir mit dem Nachtragshaushalt, der ebenfalls zur Diskussion und zur Abstimmung steht, weitere Maßnahmen auf den Weg gebracht. Insbesondere für Familien mit Kindern haben wir mit den 580 Millionen Euro, die wir für den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen zusätzlich zur Verfügung stellen, das deutliche Zeichen gesetzt, dass wir die Aufgaben zukunftsorientiert wahrnehmen.

Weil gerne so getan wird, als ob Bayern etwas rückständig wäre

(Zurufe von der SPD: Nein! – Dr. Dietmar Bartsch [DIE LINKE]: Nicht „etwas“!)

– so geschehen letzte Woche, als wir über das Betreuungsgeld abgestimmt haben –, darf ich sagen: Bayern liegt auch bei der Errichtung von Kinderbetreuungseinrichtungen bundesweit an der Spitze. Schon jetzt liegt die Quote in Bayern bei 43 Prozent. Damit ist sie höher als die geforderten 37 Prozent.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Bayern hat allein dafür aus eigenen Landesmitteln 611 Millionen Euro zur Verfügung gestellt und wird aufgrund der günstigen Entwicklung der Steuereinnahmen nur für diesen Bereich in den nächsten beiden Jahren über 80 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung stellen.

Damit bringen wir zum Ausdruck: Wir treten dafür ein, dass die Menschen eigenverantwortlich über ihre Lebensplanung und ihre Zukunftsplanung, was ihre Familie angeht, entscheiden sollen. Das hat auch etwas mit unserem Grundverständnis, von dem wir zutiefst überzeugt sind, zu tun, nämlich dass jeder Mensch einmalig und einzigartig ist, dass er im Rahmen der grundgesetzlichen Regeln eigenverantwortlich sein Leben gestalten soll und dass wir ihm nicht vorzuschreiben haben, wie er sein Leben zu gestalten hat. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wir konsolidieren unseren Haushalt nicht auf der Einnahmeseite, wie das Rot-Grün und die Linken wollen, sondern auf der Ausgabenseite. Es ist vorhin vom Finanzminister die Ausgabelinie der Haushalte in den zurückliegenden Jahren sehr eindrucksvoll dargestellt worden; ich brauche das nicht zu wiederholen. Wir bleiben bei der Ausgabenentwicklung unterhalb der Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes. Das ist eine ganz wichtige Marke, und so führen wir die Verschuldung zurück.

Sie von der SPD und neuerdings auch Sie von den Grünen können nicht genug bekommen, wenn es um Forderungen nach Mehrbelastungen für den Steuerzahler geht.

(Joachim Poß [SPD]: Für den Steuerzahler überhaupt nicht!)

– Doch.

(Joachim Poß [SPD]: Nur für Spitzenverdiener und für Vermögende!)